

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Verantwortlich und leitend: Redakteur **Anton Mitzner**,  
Wien I. Neues Rathaus.

Ausgabe

25. Jahrgang, Wien, Samstag, 30. Mai 1919. Nr. 232.

**Marktpolizeiliche Kontrolle der Lebensmittelgeschäfte.** Im Nachhänge zu der vor einigen Tagen hinausgegangenen Weisung wird über neuerliche Verfügung des Bürgermeisters an sämtliche Markt- und Abteilungen Wiens die nachstehende Dienstverfügung erlassen: Weil vielfach beobachtet wird, dass Lebensmittel in Auslagen der Lebensmittelhändler in Ladengeschäften ganz besonders in Delikatessenhandlungen, Feinkostgeschäften, Spezialgeschäften für Fleisch, Wurstwaren, Konserven u. dgl. nicht immer mit den Verkaufspreisen versehen sind, ergeht der Auftrag diese Betriebsunternehmer sofort zur gesetzlichen Preisanschreibung aller Waren zu verhalten. In jenen Fällen, in welchen eine solche Preisanschreibung trotz Aufforderung unterlassen oder der angeordnete Preis als zu hoch befunden wird, ist sofort mit der Abhandlung vorzugehen.

Unter einem hat der Marktamtsdirektor folgende Kundmachung durch Plakatierung auf den Märkten und in den Hallen zur Kenntnis der Bevölkerung gebracht: Der Herr Bürgermeister hat im Interesse der Verbraucher angeordnet, dass eine verschärfte Aufsicht auf den Märkten, in den Markthallen und in den Geschäften hinsichtlich des Verkehrs mit Lebensmitteln sofort einzutreten hat und dass Preistreiberien, Warenverschleppungen und Überschreitungen von Höchstpreisen, Begünstigungen bei der Abgabe von Lebensmitteln, Gewichtsverkürzungen u. dgl. unnachlässiglich geahndet werden. Der Marktamtsdirektor hat diese Weisungen an die Organe des Marktamtes sofort hinausgegeben und es wird auch schon nach den Weisungen des Herrn Bürgermeisters vorgegangen. Es wäre aber auch im Interesse des Erfolges dieser nur zum Schutze der bereits sehr bedrängten Verbraucher wünschenswert, wenn die Bevölkerung die Marktaufsicht-Organen bei der Aufdeckung solcher Uebelstände tatkräftig unterstützen und jeden Fall unverweil diesen Amtorganen zur Kenntnis bringen würde. Hierzu bietet sich für die Verbraucher sehr leicht Gelegenheit, weil in jedem Bezirke eine eigene Marktamt-Abteilung besteht, die über Anzeigen und Beschwerden auch sofort einschreitet. Uebrigens sind die Marktamtorgane auf den Märkten und in den Markthallen dem Publikum dadurch leicht erkenntlich, weil sie im Dienste an der Aussenseite des Rockes links das Dienstabzeichen tragen.

Der Marktamt-Direktor stellt daher an die konsumierende Bevölkerung das dringende Ersuchen, wahrgenommene Uebertretungen unverweil anzuzeigen und dadurch die gute Absicht des Herrn Bürgermeisters in der Bekämpfung des Preiswuchers wirksam zu unterstützen.

**Feigwaren für Mindestbemittelte.** In der 104. Fürsorgeweche wird an alle Besitzer von rosafarbenen Einheitsaufscheinen für Wohlfahrt, Fleisch statt Fleisch Feigware, hergestellt aus Mehl der englischen Liebesgabenendung, gegen Abtrennung des Abschnittes 19 und zwar 10 kg für jeden Kopf des Haushaltes zum Preise von 20 h in den bekannten Geschäften der Grösschlächtereien an folgenden Tagen abgegeben werden: am Mittwoch, 4. Juni A bis

F, Donnerstag, 5. G bis K, Freitag, 6. L bis R und Samstag, 7. Juni S bis Z. Den unentgeltlichen Speisestellen, offenen Kriegsküchen und Wirtschaftsinstituten werden für jeden Kopf 1/8 kg Bohnen zum Preise von K 7.20 für 1 kg durch die Grösschlächtereien zur Verfügung gestellt.

**Kollektivvertrag bei den städtischen Elektrizitätswerken.** In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Schorsch über den Kollektivvertrag zwischen der Gemeinde Wien und den Arbeitern der städtischen Elektrizitätswerke und der Ueberlandzentrale Ebenfurth. Die Mehrkosten für die Lohnerhöhungen belaufen sich auf 9'4 Millionen Kronen und zwar soll der Vertrag rückwirkend vom 17. April bis 5. September d. J. Der Vertrag betrifft 1800 Arbeiter. In der Debatte sprachen die StRe. Vaugoin, Haider, Breitner, Rudolf Müller, Dr. Kienböck, Bürgermeister Reumann und Frau Dr. Alma Seitz. Letztere trat für gleiche Entlohnung der Frauen- und Männerarbeit ein. Die Referentenanträge wurden einstimmig genehmigt.

Ausgabe

25. Jahrgang, Wien, Freitag, 30. Mai 1919. Nr. 233.

**Amerikanische Hilfsaktion für Wien.** In Erweiterung der amerikanischen Hilfsaktion in Wien sollen nunmehr auch jene Vereine, Organisationen und Körperschaften, welche sich mit Jugendfürsorge in halboffenen und geschlossenen Einrichtungen wie Horte, Tagesheimstätten, Waisenhäuser, Pflegeanstalten u. s. w. befassen und über sanitär vollkommen einwandfrei geführte Betriebsstätten verfügen, zur Durchführung der Ausspeiseaktion herangezogen werden. Die Anmeldung der vorgenannten Körperschaften, Vereine und Organisationen zur Teilnahme an der amerikanischen Ausspeiseaktion hat durch eigene Anmeldeformulare zu geschehen, welche ihnen durch die Hauptstelle des Verbandes für freiwillige Jugendfürsorge zugesendet wurden. Diejenigen Körperschaften, die sich mit ihren Einrichtungen an der Ausspeiseaktion zu beteiligen wünschen, haben für jede einzelne Betriebsstelle mit einem besonderen Blatte schriftlich die Anmeldung zu besorgen. Die amerikanische Lebensmittelkommission steht unbedingt auf dem Standpunkte, dass durch die Bereitstellung der unentgeltlichen Lebensmittel unter keinen Umständen eine Entlastung der Organisationen und eine Einschränkung ihres bisherigen Aufwandes für die Bespeisungen ihrer Schützlinge eintreten darf. Die nach Prüfung der Anmeldungen allenfalls erfolgten Zuweisungen von Lebensmitteln müssen ein Mehr gegenüber dem bisherigen sein. Die Prüfung der angemeldeten Betriebe erfolgt durch eine gemischte Kommission, die aus fachmännischen Beamten (Arzt, Fürsorger, Wirtschaftsbeamten) des Jugendamtes des Verbandes für freiwillige Jugendfürsorge und der amerikanischen Lebensmittelkommission besteht. In den halboffenen Einrichtungen sollen nach dem dermaligen Plane 30.000 Kinder, in den geschlossenen 10.000 Kinder durch Ergänzungen ihrer bisherigen Kost erfasst werden. Die Ergänzungen werden sich selbstverständlich sehr verschieden gestalten und den einzelnen Betrieben anzupassen sein.

Wiener Gemeinderat.

Sitzung vom 30. Mai 1919.

Bürgermeister Reumann eröffnet die Sitzung. Gespendet haben: Dr. Robert Breunig für die Armen des II. Bezirkes 400 K und Georg Zapf für die Musikantenabteilung der städt. Sammlungen die Handschriften seiner Kompositionen; der Klub der sozialdemokratischen Gemeinderäte spendete für Fürsorgewecke aus Anlass der Eröffnungsrede des Bürgermeisters 600 K.

Bgm. Reumann bringt eine Zuschrift des Staatssekretärs für Volksernährung zur Verlesung, in welcher zu der im Gemeinderate über die schlechte Beschaffenheit des Reises geführten Beschwerde mitgeteilt wird, dass die Zweigstelle Nieder-Oesterreichs der Kriegsgetreideanstalt derzeit damit beschäftigt ist, die Reisbestände auf die Qualität überprüfen zu lassen, allfällige vorgefundene ungenießbare Partien auszuscheiden. Im Großen und Ganzen kann jedoch gesagt werden, dass die bisher in den Verkehr gebrachten Reisbestände - 7293 Tonnen - bis auf unbedeutende Mengen, welche offenbar infolge des langen Transportes in ihrer Qualität gelitten haben und dem Verbrauche nicht mehr zugeführt werden können, konsumfähig waren.

Betreffend eine Interpellation der G.R. Untermüller und Waldesam teilt die Polizeidirektion mit: Es ist richtig, dass sich am Mariahilfergürtel häufig in den Abendstunden gehende Prostituierte umhertraben. Die Sicherheitswache und die mit der Ueberwachung der Prostituierten betrauten Polizeiagenten sind daher angewiesen, für die entsprechende Überwachung des in Rede stehenden Stadtteiles Sorge zu tragen. Tatsächlich wurde bereits eine größere Zahl weiblicher Individuen dort angehalten und teils polizeilich bestraft, teils dem Strafgerichte eingeliefert. Richtig ist ferner, dass sich an der Kreuzung Mariahilferstrasse - Kaiserstrasse wiederholt Taschendiebstähle an den Passagieren der Straßenbahn ereigneten; es würden aber auch dort häufig die Täter von Polizeiorganen auf frischer Tat betreten und verhaftet. Dem Gegenstande wird auch weiterhin besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden.

Bgm. Reumann bringt einen umfassenden Bericht der amerikanischen Kinderhilfsmission über die bisherige Tätigkeit im Interesse der Versorgung der Wiener Kinder mit Lebensmitteln zur Kenntnis. Der Bgm. betont, dass in der Erwartung, dass das Staatsamt der Finanzen der gegebenen Zusage entsprechend den Betrag von 3 Millionen Kronen ehestens flüssig machen wird, wohl auch der Gemeinderat der Stadt Wien einen gleich hohen Betrag dem Deutsch-österreichischen Jugendhilfswerk bewilligen wird und auch die Banken eine entsprechende Summe zur Durchführung dieser großzügigen Kinderhilfsaktion beitragen werden. Der Bericht des Bürgermeisters wird vom Gemeinderate mit Genugtuung aufgenommen und wird die Bedeutung dieser Aktion gewürdigt.

Der Bürgermeister verliest einen ausführlichen Bericht der Direktion der städt. Gaswerke, dem folgendes zu entnehmen ist: Der nutzbare Kohlenvorrat der Gaswerke ist völlig aufgezehrt, der mit 18.000 t bemessene

Sperrvorrat ist bereits angegriffen und auf 15.096 t gesunken. Die Aufrechterhaltung der Gasabgabe in dem derzeitigen ohnedies bis zur Unerträglichkeit eingeschränkten Maße ist dadurch auf das Ärgste gefährdet. Während es bisher in jedem Jahre möglich war bereits Anfang Mai mit der Ansammlung des erforderlichen Wintervorrates zu beginnen, sinkt heuer der Kohlenvorrat nach stetig. Seit Beginn dieses Jahres steht einem täglichen durchschnittlichen Kohlenverbrauche von 1190 t ein Kohlenzuschub von nur 880 t gegenüber. Der im Oktober vorigen Jahres vorhanden gewesene Kohlenvorrat von 118.000 t wurde infolge der trotz aller Bemühungen ungenügenden Kohlenzuschübe bis auf den geringen Rest von 15.096 t aufgezehrt. Ende Mai des Vorjahres verfügten die Gaswerke dagegen bereits über einen Kohlenvorrat von 107.000 t. Die Durchführung der vom Staatsamte für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten bereits im März d. J. in Aussicht, vom Stadtrate in der Sitzung vom 22. März d. J. zur Kenntnis genommenen Gasabsperrungen, die die Gasabgabe nur auf die öffentliche Beleuchtung, die Krankenanstalten, Kriegs- und Gemeinschaftsküchen und einige andere im öffentlichen Interesse wichtige Gasverbrauchende Gruppen beschränken, ist unabwendbar, wenn nicht ohne Verzug die Kohlenzuschübe auf ein Maß gebracht werden, das nicht nur die Deckung des laufenden Kohlenbedarfes ermöglicht, sondern auch die Sicherheit bietet, bis Ende Oktober d. J. einen Kohlenvorrat von mindestens 100.000 t für den kommenden Winter 1919/20 anzulegen. Um diesen Kohlenvorrat bilden zu können, müsste die Tageslieferung ab Juni d. J. 3290 t betragen. Die 100.000 t sind die Mindestmenge, die bei Winterbeginn vorhanden sein muss. Ende Oktober 1918 betrug der Vorrat 118.000 t, 1917 212.000 t, 1916 248.000 t. Der Bericht zählt dann die vom Staate unternommenen vielen Schritte bei den Staatsämtern zur Besserung der Kohlenversorgung auf, und verweist schließlich auf die Denkschrift an die Missionen der Ententestaaten.

Bgm. Reumann bemerkt: Ich kann Ihnen mitteilen, dass eine Reihe dieser Anträge in Durchführung begriffen ist und dass in Durchführung eines Antrages V. B. Mannerling mit einer Kommission nach Prag gereist ist; wir werden in kurzer Zeit einen Bericht hierüber erstatten.

Der Bürgermeister teilt auf eine Anfrage des GR. Dr. Blaschkes in der letzten Sitzung des Gemeinderates wegen der Zuerkennung der Preise beim künstlerischen Wettbewerbe mit, dass die Angehörigen der jüdischen Religion nicht als Nation behandelt werden. Die Ausschreibungen haben in erster Linie immer die Bedingung enthalten, dass nur Bewerber österreichischer Staatsbürgerschaft berücksichtigt werden. Das ist natürlich, weil man dadurch den sesshaften Bewerber schützen wollte.

2

Weiters hat von Roten Kreuz eine umfangreiche Darstellung über die Tätigkeit desselben als Erwiderung auf die in einer vom Gemeinderate Loewenstein am 12. November 1918 gestellten Interpellation vorgebrachten Anschuldigungen. Ich werde diese Darstellungen dem Protokolle einverleiben lassen, damit die Mitglieder des Gemeinderates hiervon Kenntnis erhalten.

GR. Huber verliest den Einlauf.

GR. Fischer rügt in einer Interpellation den Uebelstand, dass bei der Remise Vorgartenstrasse die Wagen der Strassenbahn Tag und Nacht auf offener Strasse stehen, so dass es oft unmöglich ist, von der Walcherstrasse zu den beiden Häusern Vorgartenstrasse Nr. 130 und 132 zu gelangen. Auch gearten die dort spielenden Kinder oft in Lebensgefahr. Erst im Vorjahre wurde ein Kind überführt. Der Interpellant stellt die Anfrage, ob der Bürgermeister geneigt sei, die Strassenbahn zu beauftragen, dass die nichtbenützten Wagen in die Remise geschoben werden.

Bgm. Reumann verliest die Erwiderung der Strassenbahndirektion, welche den gerügten Uebelstand anerkennt, und zugibt, dass dadurch die Häuser Vorgartenstrasse 130 und 132 untequem zu erreichen sind. Das Abstellen dieser Wagen in der Vorgartenstrasse ist durch den Platzmangel im Betriebsbahnhof bedingt, eine endgiltige Besserung ist zu erwarten, wenn die schon lang vorgesehene derzeit aber unmögliche Vergrößerung des Bahnhofes durchgeführt ist. Der in der Anfrage erwähnte Unfall vom Vorjahr habe sich beim Verschub zugetragen.

Die GRe. Hehl und Thaller fragen an, ob der Bürgermeister bereit sei, zu veranlassen, dass der Stadtschutzwache bei der Fahrt auf der Strassenbahn dieselben Begünstigungen eingeräumt werden, wie der Sicherheitswache.

Bgm. Reumann erwidert, dass dies unmöglich sei, weil das militärische Dienstkleid, das heute noch an Stelle bürgerlicher Kleidung auch gebraucht wird, nicht hinreichend ist, zur Kennzeichnung der zu Begünstigten. Auch die sonstigen Kennzeichen, wie Litzen, Armbinden, sind nicht ausschliesslich für die Personengruppe beschränkt. Ich glaube, dass wir in der Weise vorgehen werden, dass wir diese Interpellation als Antrag behandeln und in einer der nächsten Sitzungen des Stadtrates der geschäftsordnungsmässigen Behandlung unterziehen.

GR. Marie Kramer fragt unter Hinweis auf die finanziellen und technischen Erschwerungen des Verkehrs für die Bewohner von Wien, ob der Bürgermeister darüber Auskunft geben kann, ob und wann die Stadtbahn wieder dem Verkehr übergeben werden wird.

BGM. Reumann: Ueber den Zeitpunkt der Wiedereröffnung des Stadtbahnverkehrs ist dem Magistrat amtlich nichts bekannt. Auch mir persönlich nicht. Eine Auskunft in kurzem Wege war von der Staatsbahndirektion mangels einer telephonischen Verbindung nicht zu erlangen. Es bleibt daher nur eine schriftliche dringende Anfrage übrig, deren Ergebnis dem Gemeinderate ehestens bekanntgegeben wird. Die Frage der Wiederaufnahme des Stadtbahnverkehrs hängt eng mit der Frage der Kohlenzufuhr zusammen.

GR. Fitzmann weist darauf hin, dass wegen der Erhöhung der Quote der Störbrotkarten keine Auskunft zu bekommen ist und fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, bei den in Betracht kommenden Stellen eine Verfügung zu erwirken und dafür zu

sorgen, dass die magistratischen Bezirksämter davon sofort verständigt werden, um den Parteien Laufereien zu ersparen.

BGM. Reumann: Ich werde diese Anträge zum Anlasse einer eingehenden Prüfung machen und hierüber seinerzeit berichten.

GR. Anna Beschek regt die Reinigung und Instandsetzung der leerstehenden Pavillons I und II im Lainzer Versorgungshaus an, wodurch der Ueberaus grossen Ueberrfüllung dieser Anstalt abgeholfen würde, und fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, zu veranlassen, dass jene Firmen, die die Arbeiten zur Instandsetzung der erwähnten Pavillone erhalten haben, diese Arbeit sofort vornehmen und aus der Mitte des Gemeinderates eine Kommission wählen zu lassen, die die Aufgabe hätte, alle Beschwerden über die Zustände in Lainz zu untersuchen und die dem Gemeinderate einen genauen Bericht über das Ergebnis zu erstatten hätte.

BGM. Reumann: Mit Rücksicht darauf, dass über vorstehende Interpellation Erhebungen an Ort und Stelle notwendig sind, kann eine Beantwortung erst in der nächsten Gemeinderatsitzung erfolgen.

GR. Skaret bringt Beschwerden der Pflinglinge des städtischen Versorgungshauses in Liesing zur Kenntnis und fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, die Gründe der Beschwerden untersuchen zu lassen und die zu Tage getretenen Misstände mit aller gebotenen Strenge zu beseitigen.

BGM. Reumann: Wie sie wissen, sind ja alle diese Misstände Gegenstand eingehender Erhebungen einer Kommission gewesen, die in der nächsten Zeit einen eingehenden Bericht erstatten wird. Auch von dieser Interpellation gibt das Gleiche, wie bei der Vorherigen.

GR. Rudolf Müller (17) weist auf die wiederholten Beschwerden der Pflinglinge in Lainz wegen der schlechten Ernährung hin. Kommt ein Pflingling nach der Essenszeit, so verliert er die Menage. Kommt jemand über Nacht nicht zurück, so wird ihm am nächsten Tag das Brot entzogen. Es wird gefragt, ob dem Bürgermeister bekannt ist, dass die erwähnten Strafen von den Aufsichtsorganen des Versorgungshauses über Pflinglinge verhängt werden.

BGM. Reumann: Auch in diesem Falle müssen Erhebungen gepflogen werden. Mir ist von solchen Strafverhängungen nichts bekannt.

GR. Gabriele Walter fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, Massnahmen einzuleiten, damit den Lehrern, Lehrerinnen und Handarbeitslehrerinnen an den städtischen Schulen ermässigte Fahrkarten, bzw. ermässigte Streckenkarten auf der Strassenbahn für den Schulweg bewilligt werden.

BGM. Reumann: Ich werde diese Anfrage als Antrag behandeln und der geschäftsordnungsmässigen Behandlung unterziehen. Es sind aber eine ganze Reihe solcher Ansuchen gemacht worden. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass der Gemeinderat diese Flut von Wünschen nicht in der Lage sein wird, berücksichtigen zu können. Die Erhöhung der Fahrpreise ist durchgeführt worden, weil die gegenwärtigen Betriebsauslagen eine solche Steigerung erfahren haben, dass sie durch die Einnahmen auch nicht annähernd gedeckt werden können. Wenn nun diese Massnahme durchbrochen wird, dadurch, dass eine Unzahl ermässigter Karten ausgegeben wird, wird der Erfolg gleich Null sein.

GR. Rudolf Müller (1) fragt, ob dem Bürgermeister die fortgesetzten Schädigungen der öffentlichen Gartenanlagen bekannt sind und ob er geneigt ist, die Lehrkörper anzuweisen, der Jugend die Schädlichkeit ihres Tuns vor Augen zu führen und Respekt vor der Natur einzufliessen. Die Stadtschutzwache wolle angewiesen werden, ihr Augenmerk diesen Objekten zuzuwenden.

BGM. Reumann: Die Wiener Gartenanlagen haben tatsächlich durch verminderte Pflege während des Krieges und durch Ausschreitungen unbedachter Elemente vielfach starken Schaden gelitten. Der Magistrat hat über diese mutwilligen Schädigungen in jedem einzelnen Falle der Polizei die Anzeigen gemacht, eine Besserung ist aber nicht wahrzunehmen. Der Magistrat bereitet auch bereits eine Zuchtschrift sowohl an den Bezirksschulrat, als auch an die Polizeidirektion vor, um auf diese Gefährdungen der öffentlichen Gartenanlagen hinzuweisen und zu ersuchen, dass einerseits auf die Schuljugend eingewirkt wird und andererseits seitens der Polizei die notwendigen Sicherheitsmassnahmen getroffen werden.

Ich möchte von dieser Stelle aus an die Bevölkerung den Appell richten, dass sie sich auch selbst um den Schutz der Anlagen kümmert. Ich bedauere, dass aus der Mitte der Bevölkerung nicht alles geschieht, um den Vandalismus zu verhindern.

GR. Rudolf Müller (Hernals) fragt ob der Bürgermeister bereit ist, den an Exelberg beschäftigten Steinarbeitern wohlliche Räume zur Verfügung zu stellen.

Der Bürgermeister erwidert, dass dem Magistrat keine Beschwerden über die Wohnungsverhältnisse zugekommen sind. Es werden unverzüglich Erhebungen gepflogen werden.

Frau G.R. Marie Framer weist in der Interpellation darauf hin, dass die allerneuesten Wohnungen nach wie vor unter der Hand weitergegehen werden ohne dass der Wohnungsmarkt in die Lage kommt sie zu ermitteln. Sie fragt was der Bürgermeister tun wolle um die Vermieter zu zwingen, die freierwerdenden Wohnungen rechtzeitig und mit der nötigen Vollständigkeit den Wohnungsabnehmern bekanntzugeben.

BGM. Reumann: Soweit gegenüber der tatsächlich bestehenden Unzulänglichkeit von der Gemeinde Abhilfe geschaffen werden kann, wird dies baldigst geschehen. Die Regierung wird aufgefordert werden, die bestehenden Vorschriften so zu ändern, dass freierwerdende Wohnungen auch tatsächlich ehestens dem Wohnungsmarkt verfügbar gemacht werden.

Der Bürgermeister setzt hinzu: Wiederholt ist die Meinung aufgetaucht, dass eine starke Abwanderung aus Wien zu erwarten sein und dass eine größere Anzahl von leerstehenden Wohnungen dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen wird. Es wurde aus dem Stadtrat die Mitteilung gemacht, dass eine Speditionsfirma Zusagen auf 42.000 Auszügegeschäfte erhalten hat. Infolgedessen wäre der Wohnungbedarf nicht so dringend, dass gleich mit einer sehr starken Bautätigkeit eingesetzt werden müsste. Die Firma Schenker & Co. hat jedoch erklärt, dass von einem Massenauszug keine Rede sein könne, sie habe höchstens 50 bis 60 solche Anträge in Vormerkung.

GR. Doppler fragt, ob es möglich werden wird, dass jene Kinder, welche an einer schweizer Aktion oder einer ähnlichen teilnehmen können die Aufnahmeprüfungen rechtzeitig ablegen können, um nicht von dieser Hilfsaktion ausgeschlossen zu werden.

BGM. Reumann: Es wird von hier aus an den Landesschulrat herangetreten werden, damit den in Frage kommenden Kindern die Einschreibung und Ablegung der Aufnahmeprüfung an Mittelschulen auch vor den festgesetzten Termin gestattet werde.

GR. Untermüller beschwert sich in einer Interpellation über die Nichtachtung der Geschäftsordnung durch den V.B. Emmerling in der Richtung, dass dieser einen von ihm eingebrachten Antrag in der letzten Gemeinderatsitzung vor der Wahl von Generalrednern nicht zur Verlesung brachte.

BGM. Reumann: Dem Herrn Interpellanten wäre es frei geblieben noch in der Sitzung gegen dieses Vorgehen Beschwerde zu führen.

GR. Simon wünscht an einer Anfrage die Eröffnung eines im 4. Bezirk gelegenen Tores des Belvedere's.

BGM. Reumann: verspricht diese Angelegenheit welche bereits finden Aemtern anhängig gemacht wurde, zu betreiben.

GR. Zimmerl stellt folgende Anfrage: Schon vor längere Zeit wurden aus Gemeinderatskreisen wiederholt Anträge wegen Errichtung einer Wiener Messe eingebracht. Der Antragsteller hat in der Sitzung vom 3. April 1919 gleichfalls den Antrag auf Errichtung einer Wiener Messe eingebracht und verlangt, dass zur Durchführung dieses Beschlusses ein Ausschuss gebildet werde. Nachdem sich der Stadtrat bis heute mit dieser Angelegenheit nicht befasst hat, wird gefragt: Ist der Bürgermeister bereit, die Vorarbeiten in die Wege zu leiten und den Stadtrat zur ehesten Antragstellung an den Gemeinderat zu veranlassen.

BGM. Reumann erklärt, dass vom Gewerbeförderungsamt die Ueberlassung der Schwarzenberginfanteriekaserne (Heuhmarktkaserne) angesucht wurde. Eine Erladung ist nicht erfolgt.

GR. Förstner beantragt jene Vorkehrungen zu treffen, die notwendig sind, um den Umbau der Schmelzbrücke und die Errichtung einer Strassenbahnlinie vom Meidlinger Bahnhof über die Meidlinger Hauptstrasse - Ullmannstrasse - Kürnbergergasse - Sechshausstrasse - Arnsteingasse - Grenzgasse - Schmelzbrücke - Schweglerstrasse - Brunhildengasse - Herbststrasse - Panikengasse durchzuführen.

GR. Bergmann beantragt die Einsetzung einer gemeinderätlichen Kommission, die dem Stadtrate ehestens Vorschläge für die Aenderung von Strassen-, Gassen- und Platzbezeichnungen zu machen hat.

GR. Brocszner weist auf die Klagen der Pflinglinge im Lainzer Versorgungshaus über schlechte Ernährung und unwürdige Behandlung hin und beantragt, dass die Pflinglinge in Lainz in jedem Stockwerke eines jeden Pavillons eine Vertrauensperson wählen sollen, diese Vertrauensleute eines Pavillons sollen einen Obmann wählen der als Vertrauensmann für den betreffenden Pavillon zu fungieren hätte. Die Pavillonvertrauensleute wieder haben ein Vertrauensleutekollegium für die

ganze Anstalt einzusetzen, dem das Recht zuzugestehen wäre, Wünsche und Beschwerden nicht nur dem Verwalter des Versorgungsheimes, sondern auch den Gemeinderäten und eventuell auch den Bürgermeistern direkt vorzutragen haben. Die Wahlen haben, damit Beeinflussungen durch das Pflegepersonal vermieden werden in Gegenwart von Gemeinderäten, die hierfür vom Gemeinderat bestimmt werden, zu erfolgen.

GR. Feldmann beantragt die Errichtung eines Donaustromkraftwerkes im Wiener Becken. Ein 12 gliedriger Ausschuss habe unter Heranziehung von unabhängigen Fachleuten möglichst bald ein Projekt sicherzustellen, das nach Genehmigung durch den Gemeinderat und Erwirkung der Konzession raschest verwirklicht werden soll.

GR. Feldmann stellt unter Hinweis auf die Ungültigkeit des Gelöbnisses der tschechischen Gemeinderäte den Antrag, diese mangels Ablegung des gesetzlich vorgeschriebenen Gelöbnisses nicht zur Ausübung des Gemeinderatsmandates zuzulassen.

GR. Feldmann beantragt, das Statut für die Bezirksvertretungen dahin zu ergänzen, dass auch die Bezirksräte folgendes Gelöbnis abzulegen haben: Ich gelobe, der Republik Deutschösterreich und der Stadt Wien jederzeit die Treue zu halten, alles zu unterlassen, was den deutschen Charakter Wiens gefährden oder beeinträchtigen könnte und den Bestimmungen des Gemeindestatutes nachzukommen.

GR. Erntner beantragt die Mandate der tschechischen Gemeinderäte aus dem Grunde für ungültig zu erklären, weil das von ihnen abgelegte Gelöbnis dem klaren Wortlaute des Gesetzes widerspricht. Er beantragt hierüber namentliche Abstimmung und protestiert gegen die Gültigkeit jedweder Abstimmung, an der die tschechischen Gemeinderäte teilnehmen.

GR. Vaugoin stellt den Antrag, für die Pflöglinge im Lainzer Versorgungsheime eine grössere Anzahl von ermässigten Strassenbahnfahrkarten zur Verfügung zu stellen.

GR. Angeli beantragt, jene städtischen Bediensteten, deren Wohnung mehr als 2 Kilometer von ihrem Büro oder ihrer Werkstätte entfernt liegen, eine Freikarte von der Wohnung zur betreffenden Arbeitsstätte auf der Strassenbahn zu gewährleisten.

Frau Grin Fleischner stellt den Antrag, es möge veranlasst werden, dass eine der bestehenden Entlausungsstationen gegen angemessene Entschädigung die Verpflichtung übernimmt, alle vom Jugendamt, von den Schulen und von allen öffentlichen und privaten Korporationen empfohlenen Kinder die an Verlausung leiden, unentgeltlich zu reinigen.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Bgm. Reumann: Es wäre noch, eine Interpellation des GR. Dr. Kienböck, welche ebenfalls die Gelöbnisfrage betrifft, zu beantworten. Es ist dies heute nicht erfolgt, weil ich veranlasst habe, dass noch einige Juristen ihr Gutachten über die in der Interpellation enthaltene Rechtsanschauung abgeben. Wenn diese Gutachten erstattet sind, werde ich ungesäumt diese Interpellation beantworten.

Der Bürgermeister teilt noch mit, dass er die Referate wegen Widmung von 150.000 Kronen zur Veranstaltung baukünstlerischer Wettbewerbe, auf Anschaffung von Dampfturbinen für die städtischen Elektrizitätswerke, auf Tragung des verlorener Bauaufwandes für die „gemeinnützigen Ein und Mehr-

wohnhäuser, Baugenossenschaft für Eisenbahnen in Wien sowie auf Bewilligung einer Subvention von K 10.000.- für den Kriegsursorgefond der Theaterangestellten von der heutigen Tagesordnung abgesetzt habe.

Hierauf wird dann an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Vize-Bgm. Hoss übernimmt den Vorsitz.

Bgm. Reumann berichtet über die Beteiligung der Gemeinde Wien an der Zuckerfabrik Bruck a./L. und stellt folgenden Antrag: 1.) Die Gemeinde Wien beteiligt sich unter den vom Magistrat festgesetzten Bedingungen mit 40% des von 4 Millionen Kronen auf 6 Millionen Kronen zu erhöhenden Aktienkapitals an dem Zuckerindustriunternehmen in Bruck a./L. der „Oesterreichischen Zuckerindustrie A.G.“. 2.) Zur Deckung des Erfordernisses in der Höhe von K 3,840.000.- sind die Bestände des Anlehens von Jahre 1914 vorschussweise heranzuziehen. Der Rückersatz an dieses Anlehens hat aus dem seitherzeitigen Erlöse des noch zu begebenden restlichen Betrages des Anlehens vom Jahre 1908 oder aus einem allenfalls neu zu begebenden Anlehen zu erfolgen. - Der Bürgermeister betont in seinem eingehenden Berichte, das die Erzeugung der Fabrik auf 150.000 Meterzentner Weisszucker gebracht werden kann, davon 70 % Hart-Raffinade, der Rest Würfelzucker. Der Bürgermeister bespricht dann eingehend die in Aussicht genommenen Pachtungen der Güter Aichhof, Katharinenhof und Ebergassing und sagt weiter: Ich habe am 10. Mai mit Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Fabrik besichtigt. Sämtliche Einrichtungen in der Fabrik entsprechen allen modernen Anforderungen und im Bezug auf den Bauzustand kann nur das Beste gesagt werden. Die Fabrik ist prächtig eingerichtet und es wäre zu wünschen, dass die Gemeinderäte selbst diese Fabrik in Augenschein nehmen könnten. Die Fabrik befindet sich in einem Zustande der Vollkommenheit, wie man ihn nicht besser wünschen kann. Die Stadt Wien wird vom nächsten Jahre an Würfelzucker, Staubzucker und andere Sorten von Bruck beziehen können. Das Unternehmen wird nach den getroffenen Vereinbarungen mit vollem Erfolge betrieben werden und ich bitte um Annahme der Anträge. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

G.R. Dr. Pollak: Das Vorliegende Geschäft ist nach meiner Ansicht für die Gemeinde Wien sehr günstig. Sowit aus den Bilanzen der Gesellschaft entnommen werden konnte wurde auch im Vorjahre als der Betrieb ungünstig war bei 120.000 Meterzentnern Zuckerrübe verarbeitet, der 10. Teil der Friedjahre, und wurde auch im Vorjahre ein Ueberschuss erzielt. Nun wirft sich wohl die Frage auf, was hat die Besitzer veranlasst, ein Geschäft einzugehen, dass für die Kontrahenten günstig ist, Der Grund liegt wohl in den politischen Verhältnissen und in der Befürchtung von den Rüberzufahren abgeschnitten zu werden. Würde man heute diese Fabrik bauen, so würde sie mindestens 25 bis 30 Millionen Kronen kosten. Bezüglich der Verpflichtung, die der Vertrag vorherzieht, das Grundareale dass die Gemeinde heute besitzt, soweit es aus Aeckern besteht, zu 25 % mit Rüben zu bebauen scheint mir eine schwerwiegende Verpflichtung zu sein. In Nieder Oest.

und in Ungarn waren bisher nicht möglich derartig grosse Verpflichtungen einzuhalten nur in Böhmen und Mähren erreichte der Anbau die Höhe von 30 %. Wenn man aber eine derartige Verpflichtung eingeht, so müssen bedeutende Investitionen gemacht werden für die die vom Magistrat vorgeschlagenen 500.000 K viel zu wenig sind. Der Aufwand müsste Millionen betragen den große Summen erfordert die große Anzahl Bespannung, Wagen und Arbeiter. Ich habe auch ein zweites Bedenken, da es im Vertrage heisst, dass die Zuckerfabrik nicht nur bei der Gemeinde Wien sondern auch bei andern Kontrahenten Rüben einkaufen wird und dass die Gemeinde Wien jenen Preis bekommt, welcher von den Großkontrahenten zugestanden wird. Wenn man nimmt, dass die Gemeinde Wien 10.000 Joch bebaut und annimmt dass auf das Joch 150 bis 250 Meterzentner Rüben kommen, so wird es möglich sein 1 bis 1.2 Millionen Meterzentner nach Bruck geliefert wird. Aufgabe jener Verwaltungsräte die die Gemeinde entsendet, wird es daher sein, bei Ueberprüfung der Verträge mit den andern Kontrahenten die größte Aufmerksamkeit walten zu lassen. Ein Besonderes Augenmerk wird darauf zu richten sein, dass es zum Riesenbau nur jene Gründe heranzuziehen heisst, die in Nähe von Bruck sich befinden, denn man kann von der Gemeinde nicht verlangen, dass sie im besten Rübenanbau und dann nach Bruck liefert. Während der Zeit der Zwangsbewirtschaftung des Zuckers durch den Staat wird die Gemeinde von der Staatsregierung die Begünstigung erreichen müssen, dass wir zumindestens jenes Ueberschuss an Zucker zugewiesen werde, dass das dem Rübenbau der Gemeinde, der eigentlich die Fabrik wieder im vollen Umfang in Betrieb bringt, entspricht. Im Uebrigen wäre auch auf andere

Verdienstmöglichkeiten für die Gemeinde zu denken und da wäre es wohl am richtigsten wenn man einen Generaldirektionsrat aufstellen würde, der sämtliche wirtschaftlichen Unternehmungen so bewirtschaftet wie es einem Kaufmann zukommt. Ich halte die Angelegenheit für eine hervorragende und stimme für den Antrag.

GR. Feldmann führt verschiedene Gründe an, warum die Gemeinde das erwähnte Geschäft machen könnte. Er weist darauf hin, dass die Erfahrung gelehrt hat, dass die Ertragsüberschüsse nicht immer der Bevölkerung zugeführt werden. Er wünscht, dass auch jene Kreise bei dem Geschäft mitreden, die an der Preisbildung und an der Versorgung von Wien mit Zucker beteiligt sind. Er beantragt, dass sich die Gemeinde Wien mit 40 %, die Fa. Redlich mit 30% und die Einkaufsgenossenschaften und Konsumenten-Organisationen mit 30% an dem Geschäft beteiligen sollen.

GR. Kekrda begrüsst den abzuschliessenden Vertrag, weist aber auf einzelne Mängel desselben hin. Die Firma Redlich habe es verstanden, solche Bestimmungen im Vertrage aufzunehmen, die auf alle Fälle geeignet sind, die Interessen zu schützen. Solange die gebundene Wirtschaft bleibt, ist die Gemeinde verpflichtet, bestimmte Mengen von Rüben zum festgesetzten Festpreis an die Zuckerfabrik abzuliefern. Es sei aber nicht gesagt, zu welchem Preise die Gemeinde den Zucker erhalten soll. Wenn die gebundene Wirtschaft aufhört, so wird die Fabrik den jeweils geltenden Marktpreis zahlen. Auch

die Frage, wie sich die Fabrik zu den Kartellbestimmungen der tschecho-slovakischen Zuckerindustrie verhalten wird der Kontrahent ist auch Grossfabrikant in Tacheche-Slovakien ist wichtig. Redner schliesst sich den Worten seines Vorredners in der Frage der Verteilung der Anteile an.

Die Fabrik ist noch nicht so weit eingerichtet, um weisse Zucker liefern zu können, da erst die notwendigen Neuanschaffungen erfolgen müssen. Es ist ausgeschlossen, dass der weisse Zucker noch in der heurigen Campagne erzeugt wird, es ist aber auch sehr unbestimmt, ob schon der der nächsten. Vielleicht könnte der Versuch gemacht werden, den Vertrag nach dieser Richtung hin für die Gemeinde günstiger zu gestalten. In der gegenwärtigen Zeit, da wir unmittelbar vor der Einbringung eines Enteignungsgesetzes stehen, wird es doch möglich sein, dass die Firma allen unseren gerechtfertigten Forderungen entsprechen wird. Der Vertrag wäre vielleicht auch in der Richtung für uns günstiger zu gestalten, dass wir nicht genötigt sein werden, auf die latenten Reserven 60 % Agio zu zahlen. Meine Meinung geht also dahin, es wäre mit der Firma neuerlich zu verhandeln, um bessere Vertragsbestimmungen zu erzielen. Ich wünsche, dass unser Beschluss nicht nur für die Gemeinde, sondern für die gesamte Bevölkerung von Erfolg begleitet sei.

GR. Dr. Schwarz-Hiller hätte gewünscht, dass ein Motivverbericht und die einzelnen Vertragsbestimmungen jedem Gemeinderat bekanntgegeben werden, vielleicht könnte man diese Behelfe im Präsidialbüro des Gemeinderates den Mitgliedern zugänglich machen. Der Redner weist darauf hin, dass hier zum ersten Mal eine gemischtwirtschaftliche Unternehmung geschaffen werde, in welcher die Gemeindeverwaltung nicht die Majorität der Stimmen hat. Er verweist ferner darauf, dass die Gemeinde Wien den in Bruck produzierten Zucker der staatlichen Uebernahmestelle zu mässigem Preise werde zur Verfügung stellen müssen, während der Auslandszucker z.B. der aus der Tschechoslovakien sich während der Uebergangswirtschaft ziemlich hoch stellen werde. Es werde nun der sonderbare Fall eintreten, dass die Gemeinde Wien verhältnismässig billigen Zucker zu produzieren im Stande ist, während der von der Bevölkerung zu bezahlende Preis ziemlich hoch sein werde. Umgekehrt werde es sich späterhin ereignen, dass der ausländische Zucker sehr billig sein wird, währenddem der inländisch produzierte Zucker zu einem solchen Preise nicht hergestellt werden können. Es werden infolgedessen vielleicht Verluste entstehen, aber trotzdem trage er kein Bedenken für den Antrag zu stimmen.

Gemeinderätliche Kommission. Die vom Stadtrate gewählte Kommission für die Überprüfung der Kost in den städtischen Humanitätsanstalten trat heute zur konstituierenden Sitzung zusammen. Die Kommission, der die GRs. Dr. Grün, Grünfeld, Dr. Haas, Karkda, Linder, Dr. Plaschkes, Rummelhardt, Amalie Seidel, Dr. Alma Seitz, Schleifer und Vaugoin angehören, wählte zum Obmann StR. Dr. Grün und zum Obmann - Stellvertreter GR. Dr. Haas. Die Kommission tritt am Dienstag, 3. Juni zu ihrer ersten Sitzung zusammen, um die Verpflegungsfrage in den städtischen Humanitätsanstalten einer Beratung zu unterziehen.

Redner betont weiter, das eine große Gefahr der Kommunalisierung in der Übernahme der Verantwortung durch ein blosses Laienelement liege. Es kann sich eine unbedingte Abhängigkeit der Laienvortretung von Sachverständigen ergeben. Er bittet, das man endlich an die Einrichtung der gemischten Senate schreitet, dass man die Verwaltung insoweit sie kommerzieller, industrieller und landwirtschaftlicher Natur ist nicht bürokratisiert, sondern gemischte Senate zu Hälfte aus Beamten, zur Hälfte aus Freigewählten einsetzt, welchen von vornherein fixen sachverständigen Kollegien beigegeben sind. Es wird auch notwendig sein, dass wir eine Stelle schaffen von welcher aus zentral alle Betriebe der Gemeinde kaufmännisch kontrolliert werden. Redner bespricht schliesslich noch die Relation der Rübenpreise zu den Zuckerpreisen und bittet, die angeregte Umgestaltung des Gemeindegstatutes im Interesse der Gemeindeverwaltung nicht allzulange aufzuschieben.

GR. Vaugoin: Ich will kurz einige Worte über das Referat des Herrn Bürgermeisters sprechen. Bei Erstattung des Referates habe ich nur das eine Gefühl gehabt, dass die Not an Zucker in Wien eines der untrüglichen Dringnisse der Bevölkerung ist, wenn man bedenkt, dass die Lieferung der Taschen mit über 2000 Waggons in Rückstand ist, dass jetzt erst der Bevölkerung der Märzucker gegeben wird, und wenn man weiter bedenkt, dass keine Aussicht auf Besserung besteht. Deshalb begrüsse ich es, wenn die Gemeinde darangeht, sich in dieser Frage selbstständig zu machen. Gegen die Bedenken, die GR. Karkda bei eventueller Sozialisierung geäussert hat, bemerke ich nur, dass der Gemeinde wohl kaum ein Schaden erwachsen wird, wenn auch jetzt die Aktien etwas höher bezahlt wurden. Ich kann aber doch nicht umhin, bei dieser Gelegenheit ein paar Worte meinem unmittelbaren Herrn Vortrager zu erwidern

Ich will nur auf Zillingsdorf zu sprechen kommen. Es ist eine hohe Genugthuung für uns, dass heute von einem Mann der schärfsten Opposition anerkannt wird, dass Zillingsdorf eine Leistung war, die uns in schwerer Zeit vor der Katastrophe der Einstellung des Strassenbahnverkehrs gerettet hat. Ich erinnere an die damaligen Vorgänge in Gemeinderate und bringe nur noch in Erinnerung, dass ein

Mitglied desselben das Zillingsdorfer Bergwerk mit dem Ausdruck „Breckbergwerk“ betitelt hat. Der Erfolg spricht für uns und Zillingsdorf ist eine der glänzendsten Taten der vergangenen Verwaltung. Mit demselben Stolz können wir aber auch sagen, dass es Bürgermeister Weiskirchner gewesen ist, welcher den Ankauf der Aktien begonnen hat, und dass es nur seinen Beziehungen gelungen ist, überhaupt von dieser Fabrik Aktien zu erhalten. Das Schwierigste in diesem Falle war eben, die Aktien zu erwerben. Die Erstrebung der Majorität in der Aktien-Gesellschaft war nicht möglich, aber es wurde das Verhältnis 6:5 errungen, ein Verhältnis, dass mit Hinblick auf die erworbenen Aktien als günstig betrachtet werden kann. Ich erkläre, dass ich nicht bloss für diese Vorlage stimmen werde, weil sie noch von unserer Partei in Angriff genommen wurde, sondern weil ich glaube, dass sie ein geeignetes Mittel sein werde, in Zukunft die in der Zuckernot Wiens Abhilfe zu schaffen.

In seinem Schlussworte weist der Referent BGM. Reumann auf die einzelnen Vorteile des Vertrages nochmals hin; er betont, dass es unzweckmässig sei, dem Antrage des GR. Feldmann zuzustimmen, da dann die ganze Arbeit nocheinmal von vorne gemacht werden müsse. Es sei doch selbstverständlich, dass die Gemeinde ihren Einfluss dahin geltend machen werde, mehr Aktienanteile zu bekommen. Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten angenommen, der Resolutionsantrag des GR. Feldmann wird genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

Hierauf berichtet BGM. Reumann über die Pachtung der Dreherischen Oekonomiebetriebe bei Farnswörth, Schwachat, Hannersdorf, Pellendorf und Gutenhof. Auch hier betont der Referent die vorteilhaften Bedingungen des Pachtvertrages, die sich sowohl in der Übernahme des toten, wie auch des lebenden Inventars dartun. Die Uebernahmepreise sind äusserst niedrige und die Gemeinde hätte auf jeden Fall den Vertrag im Interesse der Bewohnerschaft Wiens abschliessen müssen.

G-R-Grollich: Bereits vor einige Zeit hat der Gemeinderat über den Abschluss eines Vertrages beschlossen, wonit der Anfang gemacht wurde die Approvisionnement der Bevölkerung in die Regie der Gemeinde Wien zu übernehmen. Nun hat der Bürgermeister heute den Gemeinderat einen Vertrag vorgelegt der die Gemeinde zur Großgrundbesitzerin macht, wie ich die Bedingung gehört habe, war es mir nicht recht erklärlich, wie so wir zu so einem günstigen Vertrag kommen. Allerdings hat es dann geheißen dass dabei die Entsignung eine Rolle spielen. So günstig auch der Vertrag ist möchte ich einiges bemerken, Es heisst darin: Nach Ablauf der Vertragsdauer soll entschieden werden ob die Geschäftsführung eine fachmännische war oder nicht. Dass scheint mir eine dehnbarer Begriff zu sein, dieser Punkt sollte präziser ausgedrückt werden. Auch finde ich darin nicht wie es mit den in der Landwirtschaft beschäftigten Personen aussieht. Beim Thavonat-Vertrag haben wir darauf hingewiesen, dass es unser Wunsch ist, dass die in der Landwirtschaft beschäftigten Personen eine angenehme Wohnung bekommen und dass die Leute in der Ver-

kösigung derart gehalten werden, wie es landwirtschaftliche Arbeiter bedürfen. Die Gemeinde Wien ist nun Großgrundbesitzerin und da es von besonderer Wichtigkeit dahin zu wirken dass der ganze Betrieb fachmännisch geleitet wird. Gerade in einem landwirtschaftlichen Betrieb ist die fachmännische Führung von größter Notwendigkeit. Ich wünsche daher dass der Herr Bürgermeister, der Stadt- und Gemeinderat sich in kürzester Zeit mit dieser Frage beschäftigt um etwa eine aus den Stadtrat und dem Gemeinderat bestehendes Komitee zu zusammensetzen, denn fachmännische Leitung muss sein, denn ein einzelner kann sie nicht bewerkstelligen.

G-R-Dr. Danneberg bringt ein Ersuchen der Gemeinde Mannersdorf zur Kenntnis, dass ihr ein Teil des Ertragnisses der gepachteten Güter soweit es von der Gemeinde benötigt wird zu Gute kommen möge. Die Häusler in dieser Gemeinde wünschen auch ihr Vieh wieder auf die Waldweide treiben zu dürfen, welches Recht ihnen vor 25 Jahren genommen wurde. Der Redner befürwortet ferner das Ansuchen der Güterbeamten um Regulierung ihrer Bezüge.

Referat BGM-Reumann erwidert das mit den Güterbeamten gegenwärtig Verhandlungen gepflogen werden, dem Ansuchen der Mannersdorfer werde nach Möglichkeit entsprochen werden. Bei der Abstimmung werden die Referatensentwürfe angenommen.

Vorsitzender V.B. Rimmerling bemerkt dass in der heutigen Sitzung nurmehr die dringenden Gegenstände zur Verhandlung gelangen werden, die uebrigen werden in einer der nächsten Wochen stattfindenden Sitzung erledigt werden.

V.B. Hof berichtet über einen Grundtausch zwischen der Gemeinde Wien und dem Konsortium vom Jahre 1908 für Kasernen, Grund- und Bautransaktionen. Darnach erwirbt die Gemeinde Wien Grundflächen im III. Bezirke im Ausmasse von 1238 m<sup>2</sup> um den Betrag von rund 207.000 Kronen, im Breitensee im Ausmasse von rund 20.435 m<sup>2</sup> um den Betrag von rund 320.126 Kronen und im XXI. Bezirk rund 54.103 m<sup>2</sup> um ungefähr 135.257 Kronen.

Schliesslich in Gersthof von der Oesterr. Aktien-Gesellschaft für Bauunternehmungen 2410 m<sup>2</sup> um den Pauschpreis von 118.000 Kronen. (Die Anträge werden genehmigt).

V.-B. Hof berichtet über den Abschluss des Gesellschaftsvertrages anlässlich der Pachtung der Fondsgüter von Orth a/D. Er betont, dass der Kriege eben gelehrt habe, dass sich die Gemeinde mit solchen Fragen beschäftigen müsse und gibt der Genugthuung Ausdruck dass über einen ähnlichen Vertrag in der heutigen Sitzung eine sehr sachliche mehretündige Debatte geführt wurde. Der Grund zu den in Rede stehenden Verhandlungen sei von seiner Partei gelegt worden und Sache der Majorität werde es sein in diesem Sinne weiter zu bauen um für die

Beibehaltung des Ertrags in großzügiger Weise durchzuführen. In den in Rede stehenden Gesellschaftsvertrag ist die Gemeinde mit 75 % beteiligt und auch alle anderen Bedingungen des Gesellschaftsvertrages listen der Pächterin Vorteile.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Berichterstatters angenommen.

5

VB. Hammerling berichtete über die Auflassung des Währinger Ortsfriedhofes und beantragte den Termin für die Auflassung und Abräumung desselben mit 1. August d.J. zu bestimmen. Auf die Anfrage des GR. Kerner, ob sich dieser Termin auch auf die Baulichkeiten erstrecke und ob es nicht möglich wäre, mit dem Abbruch der Rampe, des grössten Verkehrshindernisses früher beginnen zu können, erwiderte der Referent, dass sich der Termin nur auf die Exhumierungen u. s. w. beziehe, jedoch mit baulichen Veränderungen nichts zu tun habe, weshalb sich das Hindernis der Rampe früher beseitigen liesse.

Weiters berichtete VB. Hammerling über die Beteiligung der Gemeinde Wien - städtische Leichenbestattung an der deutsch-österreichischen Torfindustrie durch Zeichnung von 20 Stammeinlagen à 5000 Kronen gleich 100.000 Kronen.

GR. Speiser berichtet über die Beitragsleistung der Gemeinde zu den Betriebskosten des technischen Museums für Industrie und Gewerbe. Die Anträge, dass die Gemeinde unter der Voraussetzung, falls der Staat sich zu einer Beitragsleistung von 600.000 Kronen verpflichtet, ihre Bereitwilligkeit ausspricht, eine Subvention von 200<sup>000</sup> Kronen zu geben mit der Bedingung, dass die Statuten eine Aenderung in dem Sinne erfahren, dass die Gemeinde in grösserem Masse als bisher in der Leitung des Museums vertreten ist, ferner dass sich das Museum verpflichtet Vorträge, Führungen u. s. w. für alle Gemeindeschulen und Fachschulen kostenfrei zu veranstalten, worüber noch Abmachungen zu treffen sind, werden angenommen. Ein Antrag, sogleich die einmalige Flüssigmachung von 50.000 Kronen zu genehmigen, wird angenommen.

GR. Grünwald wünscht, dass auch Arbeitervereine zu den kostenlosen Veranstaltungen und Führungen, des Museums zugelassen werden sollen.

GR. Speiser bemerkt hierzu, dass in den Verhandlungen dieser Standpunkt in Rechnung gezogen werden wird. Hierauf werden die Anträge des Referenten angenommen und die Sitzung geschlossen.

-----